

MB-810/61

z.Z. Ellwangen, den 8. Juli 1961

Persönlich

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestags
Herrn D. Dr. Eugen Gerstenmaier

B o n n
Bundeshaus

Lieber Eugen,

als wir uns an dem vergangenen Dienstag bei dem Herrn Bundeskanzler trafen, unterhielten wir uns auch über die Erklärung, die Sie am Ende der letzten Bundestagssitzung abgegeben haben. Ich habe Ihnen meine ernstesten Bedenken gegen Form und Inhalt dieser Erklärung nicht verschwiegen; und ich habe es bedauert, dass Sie offenbar nicht bereit waren, auf diese Überlegungen sachlich einzugehen.

Was ich erwartet hatte, ist inzwischen eingetroffen: Presse, Rundfunk und Parteien beschäftigen sich mit der Interpretation Ihrer Erklärung, und es fällt den Kommentatoren leider nicht schwer, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Ihrer Erklärung und der Politik der Bundesregierung festzustellen. Erwartungsgemäss haben sich aber auch die Oppositionsparteien damit beschäftigt, auf diese Gegensätze hinzuweisen. Damit ist eine Situation entstanden, die ich aus innen- und aus aussenpolitischen Gründen nur auf das tiefste bedauern kann.

Am kommenden Dienstag wird der Bundesparteivorstand zusammentreten. Ich halte es für möglich oder, richtiger gesagt, für wahrscheinlich, dass der Vorstand sich mit dieser Frage beschäftigen wird; ja, ich halte es sogar für unausweichlich, denn wir stehen vor einer ungeheuer wichtigen innenpolitischen Entscheidung:

Am 17. September werden wir erfahren, ob wir mit der augenblicklichen oder vielleicht mit einer noch stärkeren Mehrheit die bisherige Aussenpolitik fortführen können, oder ob wir die Verantwortung mit anderen teilen oder gar abgeben müssen.

Darum können wir auch die Diskussion gar nicht vermeiden; und selbst wenn wir es versuchten, dann würde die Opposition uns daran hindern. Ich erinnere nur an die kleine Anfrage, die inzwischen von der Fraktion der FDP eingebracht worden ist.

Ich muss leider morgen nach Rom fliegen. Am Montag werden die sechs Aussenminister der EWG-Staaten dort zusammentreten, um die Konferenz der sechs Regierungschefs vorzubereiten, die für den 18. Juli nach Bonn einberufen ist. Ich fürchte, dass es mir mit dem besten Willen nicht möglich sein wird, zur Sitzung des Parteivorstandes rechtzeitig nach Bonn zurückzukommen, und darum möchte ich Sie, den Herrn Bundeskanzler und unseren Fraktionsvorsitzenden über meine Auffassung schriftlich unterrichten.

I

Ich stelle zunächst die Frage, ob es gut und richtig ist, wenn der Präsident des Bundestags überhaupt derartige, weitreichende innen- und aussenpolitische Erklärungen abgibt. Und ich persönlich verneine diese Frage.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Ich habe eine sehr hohe Meinung von dem Amt des Parlamentspräsidenten, der als Sprecher und Repräsentant des obersten demokratischen Organs in einer parlamentarischen Demokratie eine Aufgabe von ganz besonderer Bedeutung zu erfüllen hat. Es ist kein Akt der unverbindlichen Höflichkeit, wenn ich feststelle, dass wir das Glück hatten, dass unser verstorbener Freund Ehlers und Sie, lieber Herr Gerstenmaier, durch Ihre Amtsführung einen entscheidenden Beitrag zur Integration der Demokratie geleistet haben. Das Parlament hat dadurch auch im Bewusstsein des deutschen Volkes eine Stellung und eine Bedeutung erlangt, die weit höher ist als etwa in der Zeit der Weimarer Republik.

Aber ich sage Ihnen in aller Offenheit, dass ich aus staatspolitischen Gründen erhebliche Bedenken dagegen habe, dass der Parlamentspräsident sich zum Sprecher der politischen Überlegungen des Parlaments macht, - es sei denn in Fragen, in denen zweifelsfrei eine völlige Übereinstimmung des ganzen Hauses besteht. Wir täuschen uns selbst und schaffen eine gefährliche Verwirrung der Geister, wenn wir eine solche Übereinstimmung dort feststellen, wo sie in Wirklichkeit nicht besteht. Und das gilt für den Bereich der Aussenpolitik. Zwölf Jahre hindurch haben die Bundesregierung und die parlamentarische Mehrheit, die sie trägt, alle aussenpolitischen Entscheidungen gegen den leidenschaftlichen Widerspruch der Opposition herbeiführen müssen. Ich glaube, dass ich Sie davon gar nicht erst überzeugen muss, denn Sie waren ja regelmässig Zeuge dieser Auseinandersetzungen. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, denn ich müsste ja dann einen ganzen Katalog aufzählen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, mit welcher Leidenschaft, ja zuweilen auch mit welcher Infamie die Opposition die Politik der Mehrheit bekämpft hat. Man hat uns vorgeworfen, dass wir uns zu einer Politik der Stärke entschlossen hätten, die zum Kriege führen müsse. Man hat uns weiter vorgeworfen, dass unsere Aussenpolitik die Verwirklichung des nationalen Anliegens des deutschen Volkes, nämlich die Wiedervereinigung, verhindert habe, und man hat sich nicht gescheut hinzuzufügen, dass dies bewußt und absichtlich geschehen sei, weil die CDU/CSU und die Bundesregierung in Wahrheit die Wiedervereinigung gar nicht wünschten. Man hat einen leidenschaftlichen Kampf gegen den Beitritt zur NATO geführt und noch vor kurzer Zeit angekündigt, dass die Opposition entschlossen sei, im Falle eines Wahlsieges die geschlossenen Verträge zu zerreißen. Die sogenannte Kampagne gegen den Atontod war wohl das Widerwärtigste, was wir in der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre erleben mußten. Es ist nicht viel länger her als ein Jahr, dass die sozialdemokratische Fraktion den Deutschlandplan auf den Tisch legte, der praktisch die Anerkennung der Thesen der Sowjetunion bedeutete;

auf der Grundlage der Parität sollte danach zwischen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR ein Gespräch über die verfassungsmässige Ordnung Deutschlands geführt werden.

Wir waren dann am 30. Juni vorigen Jahres Zeuge der überraschenden Erklärung des Abgeordneten Wehner, und wir haben weiter erlebt, dass der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei den Versuch unternommen hat, das Steuer um 180 Grad herumzuwerfen. Ich glaube, dass wir alle doch spüren, dass diese neue politische Konzeption der Opposition nur auf der Erkenntnis beruht, dass man die politischen Wahlen mit Sicherheit wieder verlieren müsse, wenn man an dem bisherigen sturen Nein festhalten würde. Sie werden sicherlich nicht weniger sorgfältig als ich die Reaktion in den unteren Rängen der Sozialdemokratischen Partei verfolgt haben. Auch die jüngsten Äusserungen massgeblicher Gewerkschaftsführer sind beachtlich und interessant. Ich persönlich bin absolut davon überzeugt, dass der sogenannte neue Kurs der Sozialdemokraten nur auf wahltaktische Erwägungen zurückzuführen ist. Und ich könnte auch zahlreiche Kommentare zitieren, die das unzweideutig erkennen lassen.

Aber wir brauchen ja nur an die politische Wirklichkeit zu denken. Jeder Versuch, die Notstandsgesetzgebung zu verabschieden, ist an dem Nein der Opposition gescheitert; die Gewerkschaft OTV hat noch vor wenigen Tagen erklärt, dass sie ihre Anhänger sogar zum Streik gegen eine solche Gesetzgebung aufrufen werde. Dabei wissen wir alle, dass wir ohne eine solche Gesetzgebung unseren Aufgaben im Rahmen der NATO im Ernstfalle überhaupt nicht gerecht werden können. Es gibt ja kein Land in der NATO, und es gibt wohl auch kein anderes Land, das sich zu einer bewussten Neutralität bekennt, das nicht eine ausreichende Notstandsgesetzgebung eingeführt hat. Aber noch am letzten Tage hat die SPD zu erkennen gegeben, wie sie sich die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem NATO-Bündnis denkt: Sogar gegen das neue Leistungsgesetz, das wirklich nur ein schüchterner und unvollkommener Versuch ist, gewisse unerlässliche Vorbereitungen zu treffen, hat sie sich leidenschaftlich gewehrt.

II

Ich glaube darum, dass die Feststellung in Ihrer Erklärung:

" In diesem Hause bestehe heute die unangefochtene Bereitschaft, unsere Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft der freien Welt im allgemeinen und der NATO im besonderen auf das pünktlichste zu erfüllen",

leider der Wirklichkeit nicht entspricht. Wenn wir uns eine solche Feststellung zu eigen machten, würden wir, wie ich fürchte, zum Opfer wahlstrategischer Überlegungen der Opposition werden. Und wir schaffen bei unseren Wählern eine gefährliche Verwirrung. Mit welchen Argumenten können wir dann die Wähler noch davon überzeugen, dass die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik vom Erfolg der Wahlen abhängt? Man wird uns entgegenhalten, dass nach der unwidersprochenen Erklärung des Bundestagspräsidenten die Aussenpolitik bei der gewandelten Einstellung der Opposition nicht mehr in Gefahr sei, und dass die Stimmabgabe für die Opposition darum völlig ungefährlich sei.

Wenn ich von Opposition spreche, beziehe ich natürlich die FDP ein. Die Sprecher dieser Partei haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, die bestehenden Gegensätze so zu vernebeln und zu verniedlichen, wie es die SPD getan hat. Leute wie Dehler, Achenbach, Döring u.a. machen nicht den geringsten Hehl daraus, dass es ihnen nur darauf ankommt, die Mehrheit der CDU/CSU zu brechen, um dann ihre eigenen abwegigen Vorstellungen durchzusetzen, sei es in einer Koalition mit der CDU/CSU, sei es, - was mir wahrscheinlicher zu sein scheint, - in einer Koalition mit der SPD.

III

Die Wirkung Ihrer Erklärung, lieber Herr Gerstenmaier, scheint mir aber gerade deswegen so gefährlich zu sein, weil der Ablauf der Sitzung es der Bundesregierung unmöglich gemacht hat, ein Wort der Richtigstellung anzubringen. Und darum sehe ich auch in dem Ablauf des Verfahrens einen Verstoss gegen die

Ordnung des Grundgesetzes. Die Bundesregierung hat das verfassungsmässige Recht, jederzeit das Wort zu ergreifen. Tatsächlich musste die Bundesregierung erleben, dass sie an einer Sitzung teilnahm, in der eine feierliche Erklärung abgegeben wurde, deren Schlußsatz lautete:

" Die Sitzung ist geschlossen ".

Sie werden und Sie müssen verstehen, wenn ich mich dagegen wende, dass die Bundesregierung, die verfassungsmässig berufene Exekutive, in dieser Weise überspielt und mundtot gemacht wird.

IV

Der ganze Vorgang hat mich umsomehr beunruhigt, als die Erklärung vorher nicht mit den zuständigen Stellen abgestimmt war. Sie haben im mündlichen Gespräch auf eine Sitzung des Gesamtdeutschen Ausschusses verwiesen. Ich habe das Protokoll nachgelesen. Ich will gar nicht zu der Frage Stellung nehmen, ob die Ausführungen, die in dieser Sitzung gemacht worden sind, mit Ihrer Erklärung übereinstimmen. Ich halte es vielmehr für schlechthin unerlässlich, dass eine so weittragende Erklärung mit der Regierungsmehrheit und mit der Regierung selbst abgestimmt wird. Wie Sie mir sagten und wie der Herr Bundeskanzler mir bestätigte, haben Sie ihn in einem kurzen Gespräch über gewisse Überlegungen unterrichtet. Die konkreten Formulierungen, auf die ich noch eingehen werde, lagen aber nicht vor. Auch die Mitglieder der Fraktion im Aussenpolitischen Ausschuss waren nicht unterrichtet. Zumindest weiss ich dies von den Herren Kollegen Kopf, Majonica, Freiherr von Guttenberg, Barzel u.a.

Was ich aber persönlich ganz besonders empfinde, ist die Tatsache, dass eine Abstimmung mit mir weder versucht noch herbeigeführt wurde. Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, dass ich bis Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags, in Bonn war. Bis dahin haben Sie, wie Sie mir sicherlich zugeben werden, nicht den Versuch unternommen, sich über eine solche Erklärung mit mir auszusprechen. Am Donnerstag, den 29. Juni,

haben Sie dann, wie ich später hörte, um die Mittagszeit in meinem Wahlkreis angerufen. Ich war bei der Beisetzung eines alten Freundes meiner Familie und habe abends, sobald ich von Ihrem Anruf erfuhr, mit Ihnen und auch mit Herrn Dr. Krone und mit dem Herrn Bundeskanzler telefoniert. Von Ihnen hörte ich nur, dass die Sache erledigt sei; die Fraktion habe Ihnen plein pouvoir erteilt, und der Herr Bundeskanzler habe in einem kurzen Gespräch die Grundzüge Ihrer Erklärung gebilligt; Sie seien im Begriff, die Erklärung fertigzustellen. Ich kam am nächsten Morgen nach Bonn und dort wurde mir eine Abschrift Ihrer Erklärung um 11.00 Uhr von Herrn Staatssekretär Carstens übergeben; zu diesem Zeitpunkt war die Erklärung bereits mit Sperrfrist an die Presse herausgegeben.

Sie werden und Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, wenn ich Ihnen in voller Offenheit sage, dass ich es schlechthin nicht verstehen kann, dass Sie mich in dieser Weise übergangen haben. Die weltpolitische Situation ist so ernst, dass ich glaube, einen berechtigten Anspruch darauf zu haben, vorher über den Inhalt einer solchen weittragenden Erklärung unterrichtet zu werden. Ich weiss nicht, ob es mir gelungen wäre, Sie von der Richtigkeit meiner Bedenken zu überzeugen. Aber auf jeden Fall wäre ich in der Lage gewesen, den Herrn Bundeskanzler und nötigenfalls auch das Kabinett und die Fraktion zu informieren und die Frage zu stellen, ob nicht die Erklärung von Seiten der Bundesregierung zur Grundlage einer aussenpolitischen Diskussion gemacht werden müsse. Das war, wie ich Ihnen schon sagte, praktisch nicht möglich, da wir uns ja darauf beschränken mussten, die Erklärung anzuhören und zu erfahren, dass damit die Sitzung geschlossen sei.

V

Über meine sachlichen Bedenken habe ich auch schon mit Ihnen gesprochen. Ich möchte Gesagtes nicht wiederholen und mich kurz fassen:

- 1) Ich habe Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

darauf hingewiesen, dass wir jede aussenpolitische Initiative sorgfältig mit unseren Alliierten abstimmen. Wir waren es, die immer wieder darauf hingewiesen haben, dass eine laufende und enge Konsultation einer jeden Initiative voranzugehen habe. Wir haben die Alliierten auch überzeugt. Wir haben immer wieder auf die Gefahr einer isolierten Initiative oder Aktion hingewiesen. Als beispielsweise der Vorsitzende der Demokratischen Partei im Senat, Senator Mansfield, seine Ihnen bekannte Erklärung abgab, haben wir sofort Vorstellungen erhoben mit dem Ergebnis, dass die amerikanische Regierung sich unverzüglich davon distanziert hat.

Man fragt uns nun, wie es möglich sei, dass ein Sprecher des Deutschen Bundestags gleichzeitig in Vollmacht der Regierungsmehrheit eine derartige Initiative ergreife, ohne die Alliierten auch nur vorher zu informieren. Ich weiss nicht, welche Antwort ich geben soll. Der Unterschied zu dem erwähnten Beispiel liegt ja auf der Hand: Senator Mansfield sprach für sich selbst, während Sie für den gesamten Bundestag, also auch für die Regierungsmehrheit, Ihre weitreichenden Erklärungen abgaben.

2) Sie haben ausdrücklich Friedensverhandlungen gefordert. Ich will meine Überlegungen zu diesem Thema völlig zurückstellen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass bei unseren westlichen Alliierten gegen eine solche Initiative im Augenblick ernste und, wie ich glaube, berechtigte Bedenken bestehen. Ich weiss wohl, dass Sie nur Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion gefordert haben, die das Verfahren zu einem Friedensvertrag festlegen sollen. Ich glaube doch, dass es ein Ausdruck von Wunschdenken wäre, wenn wir annähmen, dass solche Verfahrens-
handlungen bei der Einstellung der Sowjetunion im Augenblick Aus-
sicht auf Erfolg bieten würden. Ausserdem sollte uns allen auf der anderen Seite klar sein, welche Gefahren gerade in solchen
"Verfahrensverhandlungen" liegen können und müssen.

3) Meine Bedenken richten sich aber weiter auch gegen Ihre Feststellung, dass die Friedensverhandlungen "über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands

Klarheit schaffen müssen". Sie werden sicherlich auch einen Teil der Kommentare gerade zu dieser Formulierung gelesen haben. Auch ich verschweige nicht, dass ich anderer Meinung bin. Aber ich erwähne einige von den Kommentaren nicht, um sie mir zu eigen zu machen, sondern um die Gefahr aufzuzeigen, vor der wir stehen:

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt, dass nicht zu erkennen sei, wie der Status aussehen solle, jedoch würden die früher von Ihnen vertretenen Vorstellungen einer Neutralisierung und eines Disengagements dahinter gesucht. Der dänische Rundfunk schreibt: "Gerstenmaier deutete an, er und andere Kreise könnten es sich denken, dass Deutschlands Wiedervereinigung durch einen Status politisch und militärisch zwischen den Blöcken erkauft werden könne. Und das ist gewiss auch die einzige realistische Möglichkeit für eine deutsche Wiedervereinigung." Die Erklärungen im SPD-Presse-Dienst vom 3. Juli und in der Freien Demokratischen Korrespondenz vom 4. Juli werden Ihnen bekannt sein. Diese Stimmen und andere versuchen, einen Gegensatz zwischen der Bundesregierung und insbesondere der Politik des Bundeskanzlers auf der einen Seite und ihren Ausführungen auf der anderen Seite festzustellen. Der MITTAG überschreibt seinen Bericht mit den Worten: "Es war Wehners Initiative".

Der Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 4. Juli wird Ihnen auch bekannt sein. Nach der üblichen Kritik an der Bundesregierung lesen wir dort: "die Namen Pfleiderer, Gerstenmaier und Gradl, Erler, Wehner und Dehler stehen für viele.....".

Sie werden mir antworten, dass Sie für die Kommentare nicht verantwortlich seien. Und diese Antwort ist unbestreitbar richtig. Aber Sie werden mir auch zugeben müssen, dass wir alle uns zu diesen Kommentaren äussern müssen, wenn wir eine heillose Verwirrung im In- und im Ausland verhindern wollen. Und ich frage mich, ob es richtig und sinnvoll war, überhaupt eine solche Verwirrung zu schaffen oder doch zu ermöglichen. Im Hinblick auf

die Zusammenarbeit mit unseren westlichen Alliierten, aber auch in Vorausschau auf die Bundestagswahl beklage ich diese Verwirrung, die nicht nötig war.

Und wir können der Antwort nicht ausweichen. Ich erwähnte oben schon die Kleine Anfrage der FDP, die von der Bundesregierung Auskunft ersucht, ob sie uneingeschränkt die vom Bundestagspräsidenten vorgetragene Auffassung zur Deutschland- und Berlin-Frage teilt, und ob sie bereit sei, diese Auffassung zur Grundlage der Deutschland- und Berlin-Politik zu machen.

Ich kann und darf keinen Zweifel daran lassen, dass meine Antwort nicht in einem Ja bestehen kann. Und das gilt gerade auch auf die zuletzt zitierte Formulierung. Ich habe die ernste Sorge, dass wir damit die Sowjetunion und auch gewisse Kreise des Westens geradezu auffordern, die Diskussion über den sogenannten militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands nach vorne zu rücken. Und hier gibt es nur eine klare Alternative: Entweder konzediert man Deutschland wie jedem anderen Land die Freiheit der innen- und aussenpolitischen Entscheidungen, oder wir finden uns ab mit einer uns auferlegten Neutralität im Sinne der sowjetrussischen Vorschläge. Das letztere ist für mich allerdings unannehmbar.

Das Selbstbestimmungsrecht, das wir fordern, verträgt keine Einschränkungen; die Freiheit, die wir erwarten, verträgt keine Begrenzung. Beide besitzt man ganz oder gar nicht.

Ein Friedensvertrag, der uns nicht in diese echte Freiheit entlassen würde, wäre ein nutzloses, ja ein gefährliches Instrument. Darum dürfen wir auch nicht zulassen oder gar provozieren, dass man sich irgendwo in der Welt mit dem Gedanken trägt, dem deutschen Volk eine Friedensordnung anzubieten oder gar aufzuerlegen, die auch nur um Haaresbreite hinter der innen- und aussenpolitischen Handlungsfreiheit zurückbleiben würde, die wir heute in der Bundesrepublik besitzen.

Sie werden mir vielleicht antworten, dass wir das von der Sowjetunion nicht erhalten werden. Dann muss ich Ihnen wiederum

antworten, dass wir meiner Überzeugung nach die Nerven behalten und nötigenfalls auch weiter warten müssen. Wenn wir in diesem Bereich zu einem Kompromiss kommen, dann ist er begrifflich nur denkbar auf Kosten der Freiheit und auf Kosten der Unabhängigkeit. Damit zerstören wir unsere eigene Zukunft, damit gefährden wir die Zukunft der mit uns verbündeten freien Völker, und damit kapitulieren wir letztlich vor dem Diktat der Sowjetunion, über deren Ziele wir doch sicherlich keine Zweifel haben. Deutschland aus der freien Welt herausbrechen, bedeutet nicht nur, den ersten Schritt zur Einbeziehung Deutschlands in das totalitäre System des Weltkommunismus zu vollziehen; es bedeutet darüber hinaus, der freien Welt an der vielleicht empfindlichsten Stelle eine Niederlage beizubringen, von der sie sich nicht erholen wird.

Sie werden mir sagen, dass Sie selbstverständlich diese Entwicklung nicht wünschen, dass Sie sie nicht angedeutet und dass Sie nicht die Hand geboten haben, sie einzuleiten. Aber Sie werden mir leider nicht sagen können, dass diese in ihren Wirkungen so gefährliche Interpretation uns nicht belasten wird, - in der innenpolitischen Auseinandersetzung der nächsten Monate und in dem ständigen Bemühen, die Solidarität der freien Welt nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken.

Das sind in grossen Zügen die ernstesten und tiefsten Sorgen, die mich bewegen; wie wir einen Ausweg finden sollen, werden wir, wie ich glaube, mit Partei und Fraktion gemeinsam sorgfältig überlegen müssen.

Mit aufrichtigen Grüßen und Empfehlungen

Stb Str

Winnia Braun